



**GuntherKrichbaum**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/227-70371 Telefax:030/227-76371  
E-Mail: [gunther.krichbaum@bundestag.de](mailto:gunther.krichbaum@bundestag.de)  
[www.gunther-krichbaum.de](http://www.gunther-krichbaum.de)

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für

## Große Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung

Deutschland muss „mit gutem Beispiel vorangehen“ – Kritik an Blockade von Rot-Rot-Grün im Bundesrat

**Das Bundeskabinett hat an diesem Mittwoch die Eckwerte des Bundeshaushaltsentwurf 2014 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2017 beschlossen.**

Die Eckwerte zeigen die großen Erfolge der schwarz-gelben Koalition bei der Haushaltskonsolidierung: 2014 erreichen wir einen strukturell ausgeglichenen Haushalt. Die ursprünglich für 2014 geplante Neuverschuldung wird von 13,1 Milliarden auf 6,4 Milliarden Euro gedrückt. Und ab 2015 wird der Bund keine neuen Schulden mehr machen, sondern mit der Altschuldentilgung beginnen.

Der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück und Parteichef Sigmar Gabriel propagieren stattdessen in dem am Montag dieser Woche vorgestellten Wahlprogramm der SPD zur Haushaltskonsolidierung nur wachstumsfeindliche Steuer- und Abgabenerhöhungen. Und in NRW hat Rot-Grün sogar drei Mal einen verfassungswidrigen Haushalt vorgelegt.

Die Koalition zeigt indes, dass der Bundeshaushalt auch ohne wirtschafts- und mittelstandsfeindliche Maßnahmen auf hervorragendem Weg ist und die Schuldenbremse übererfüllt werden kann. Ein wesentlicher Grund für diese Erfolge ist die strikte Ausgabendisziplin. 2014 will der Bund rund 297 Milliarden Euro ausgeben und damit gut fünf Milliarden Euro weniger als in diesem Jahr und sogar zehn Milliarden Euro weniger als im vergangenen Jahr. Bei steigenden Steuereinnahmen ist das eine besondere Leistung, weil die Wünsche nach Mehrausgaben normalerweise überproportional steigen. Diese Tatsachen widersprechen auch der Behauptung der Opposition, dass der Koalition die Haushaltserfolge in den Schoß fallen. National werden wir die erfolgreiche wachstumsfreundliche Konsolidierung fortsetzen und die richtigen Ausgabenschwerpunkte wie im Bereich Bildung und Forschung beibehalten. Damit wir in den Folgejahren mit der Tilgung der Altschulden beginnen können, brauchen wir weiterhin gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Deshalb werden wir den Weg der Bundeskanzlerin und des Bundesfinanzministers zur Stabilisierung der Eurozone weiter unterstützen.

### **Rot-Rot-Grün blockiert Fiskalvertrag**

Aus rein parteitaktischen Gründen hat der Rot-Rot-Grün dominierte Bundesrat die Zustimmung zum Europäischen Fiskalvertrag blockiert. Bei der Abstimmung im Bundestag im Juni 2012 hatten SPD und Grünen dagegen zugestimmt. Das Vorgehen der Opposition wirft ein denkbar schlechtes Bild auf Deutschland, denn der Einsatz fast des gesamten Parlaments für stabile Finanzen in Europa wird so torpediert. Die Bundesregierung erklärte am Mittwoch in einer Aktuellen Stunde jedoch, dass sie sich trotz der Blockade des Bundesrats selbstverständlich freiwillig an die Vorschriften des Fiskalvertrages halten werde.

**Hintergrund:** Der Fiskalpakt, den alle EU-Mitgliedstaaten außer Großbritannien und Tschechien vereinbart haben, sieht strikte Haushaltsdisziplin und eine Schuldenbremse nach deutschem Vorbild vor. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte sich besonders für den Fiskalpakt als Gegenstück zum europäischen Rettungsschirm stark gemacht. Da 17 der beteiligten 25 EU-Mitglieder den Fiskalpakt ratifiziert haben, ist er formal bereits in Kraft. Nun müssen Bundestag und Bundesrat im Vermittlungsausschuss nach einem Kompromiss suchen. Der Landesvorsitzende der CDU Baden-Württemberg, Thomas Strobl, wies warnend darauf hin, dass Europa momentan in einer kritischen Phase der Krisenbewältigung sei: Deutschland müsse daher bei der Umsetzung des Fiskalpaketes „mit gutem Beispiel vorangehen“, sagte er. Nur so könne der Umsetzungsdruck auch in anderen Euro-Staaten erhalten werden und diese dazu bewegt werden, ihre Haushalte zu konsolidieren sowie Schulden abzubauen. Angesichts dessen sei es ein „politisches Trauerspiel“ und „unerträglich“, dass Rot-Rot-Grün die Länderkammer für parteipolitische Interessen missbrauche, ihrer Verantwortung nicht gerecht werde und falsche Signale in Richtung Europa sende, sagte Strobl.

### **Vertrauliche Geburt hilft Müttern in Not**

Die aktuelle Situation der anonymen Kindesabgabe über Babyklappen ist nicht zufriedenstellend. Es besteht ein dringender Bedarf an einer gesetzlichen Regelung, die das ungeborene Leben schützt und die medizinische Versorgung von Mutter und Kind bei der Geburt gewährleistet. Daher hat das Bundeskabinett in dieser Woche einen Gesetzentwurf zur vertraulichen Geburt verabschiedet. Damit soll es möglich werden, dass Schwangere in Not ihr Kind unter ärztlicher Betreuung auf die Welt bringen können, ohne dass die Daten der Mutter offengelegt werden müssen. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass bis zum 16. Lebensjahr des Kindes die Daten der Mutter geheim bleiben. Danach hat das Kind das Recht, den beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftlichen Aufgaben verwahrten geschlossenen Umschlag mit seinem Herkunftsnachweis einzusehen. Damit werden wir dem Schutz- und Geheimhaltungsbedürfnis der Frauen, aber auch dem großen psychischen Bedürfnis eines Kindes nach Kenntnis der eigenen Abstammung gerecht. Dies ist für die gesunde Identitätsentwicklung des Kindes von entscheidender Bedeutung.

### **Deutliches Signal zur Unterstützung contergangeschädigter Menschen**

In dieser Woche wurde durch die Bundesregierung ein Gesetzentwurf zur Änderung des Conterganstiftungs-gesetzes eingebracht. Damit setzen wir ein deutliches Signal, dass wir uns der älter werdenden contergangeschädigten Menschen annehmen.

Rückwirkend ab Januar 2013 werden die Conterganrenten um 90 Millionen Euro jährlich erhöht und zusätzlich jährlich bis zu 30 Millionen Euro für Heil- und Hilfsmittel zur Verfügung gestellt, deren Kosten von keiner anderen Stelle übernommen werden. Die meisten Betroffenen haben sich jahrzehntelang trotz ihrer schweren Behinderung ein lebenswertes und glückliches Leben erkämpft und bewahrt. Das verdient unsere Bewunderung und unseren Respekt.

Dabei wollten und konnten wir aber nicht stehen bleiben, weil die Selbständigkeit der Betroffenen durch die Spätfolgen der Behinderungen ohne weitere Unterstützung dramatisch abnehmen würde. Dem tragen wir mit der Erhöhung der Conterganrenten und den Zuschüssen für Heil- und Hilfsmittel Rechnung. Darüber hinaus wird geregelt, dass unterhaltspflichtige Angehörige nicht vom Träger der Sozialhilfe in Anspruch genommen werden, wenn contergangeschädigte Menschen Sozialhilfe erhalten.

### **Ausstieg aus der Kernkraft bis 2022**

Anlässlich einer Regierungserklärung zum Netzausbau bekräftigte Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler an diesem Donnerstag im Deutschen Bundestag das Ziel der Bundesre-

gierung, bis 2022 aus der Kernkraft auszusteigen. Ohne dafür die Voraussetzungen bei der Infrastruktur zu schaffen, könne dieses Vorhaben aber nicht gelingen, sagte er. Damit die Stromversorgung in Deutschland sicher und bezahlbar bleibe, würden mehrere tausend Kilometer neue Stromtrassen gebraucht. Nur so könne künftig Strom aus erneuerbaren Energien tatsächlich zu allen Verbrauchern gelangen. Die Planungsphase soll für 36 Vorhaben von zehn auf vier Jahre deutlich verkürzt werden. Nicht vergessen werden dürfen die Versäumnisse der rot-grünen Regierung: Nach ihrem Ausstiegsbeschluss 2000 hatte die damalige Bundesregierung nichts unternommen, um den notwendigen Ausbau der Stromnetze voranzutreiben. Jetzt das angeblich zu langsame Tempo der Bundesregierung zu kritisieren, ist also scheinheilig. Wie (un-)wichtig den rot-rot-grün regierten Ländern die Energiewende ist, zeigt sich zudem bei der Gebäudesanierung: Seit mehreren Monaten verhindert die Mehrheit in der Länderkammer das Gesetz zur Gebäudesanierung, das ein Investitionsvolumen von 1,5 Milliarden Euro umfasst und ältere Gebäude energieeffizienter machen könnte.

### **Zukunft der Klein- und Obstbrennereien auch nach Auslaufen des Branntweinmonopols gesichert**

Die unionsgeführte Koalition hat im Finanzausschuss das Gesetz zur Abschaffung des im Jahre 1918 errichteten Branntweinmonopols beschlossen. Die Koalition hat dabei auf eine verträgliche Lösung für die Betroffenen geachtet:

Speziell für Abfindungsbrenner, Stoffbesitzer und Obstgemeinschaftsbrennereien soll das Branntweinmonopol erst 2017 enden. Sie können also bis dahin noch ihren Alkohol an die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein abliefern und erhalten hierfür ein Branntweinübernahmegeld. Dies betrifft insbesondere auch rund 20.000 Klein- und Obstbrennereien. Wichtig ist auch, eine rechtliche Grundlage dafür zu schaffen, dass Klein- und Obstbrennereien nach 2017 weiterhin Alkohol erzeugen dürfen. Entsprechende Regelungen sind daher in das neue Alkoholsteuergesetz integriert. Mit aufgenommen ist eine bundesweite Öffnung. Hiermit tragen wir der kulturellen und ökologischen Bedeutung dieser Brennereien im ländlichen Raum Rechnung.“